

Evidenz trumpft!

Eine Kritik am Begriff der alternativen Fakten

Alexander Reutlinger¹

Beitrag für Cogito

Rechtspopulistische Politiker wie der amtierende US-Präsident und seine Pendanten in Polen, Ungarn, der Türkei und in Deutschland berufen sich immer wieder auf ‚alternative Fakten‘. Im Vokabular der Rechtspopulisten bildet die Behauptung von ‚alternativen Fakten‘ das Gegenstück zur Aufdeckung von ‚fake news‘. So wird behauptet, es gäbe ‚alternative Fakten‘ in Bezug auf Zuschauerzahlen bei Vereidigungen und – weitaus brisanter – in Bezug auf den Klimawandel, Kriminalitätsraten bei Flüchtlingen, Kriegsverbrechen usw.

Nicht zuletzt der beunruhigende Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 wirft die drängende Frage auf: Was genau ist *kritikwürdig* daran, wenn Rechtspopulisten behaupten, es gäbe ‚alternative Fakten‘? Leider bleibt die Kritik am rechtspopulistischen Begriff der alternativen Fakten häufig zu unklar und zu unbefriedigend.

Ich möchte hier für die folgende These argumentieren: Bei der Behauptung von ‚alternativen Fakten‘ wird politischen Einstellungen der Vorzug gegenüber verfügbaren empirischen Belegen gegeben. Das zentrale Problem besteht hierbei darin, dass die politischen Einstellungen eine *illegitime Rolle* spielen. Das möchte ich im Weiteren verdeutlichen. (Mein eigenes Argument soll natürlich nicht infrage stellen, dass es auch andere Kritikpunkte in Bezug auf den Begriff der alternativen Fakten gibt bzw. geben kann.)

¹ Ludwig-Maximilians-Universität München, Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Religionswissenschaft, Munich Center for Mathematical Philosophy, Email: Alexander.Reutlinger@lmu.de.

Eine Karikatur in *The New Yorker* (vom 13.2. 2017, S. 75) bringt den Kern der These, die ich vertreten möchte, wunderbar humorvoll auf den Punkt. In der Karikatur wird ein Nachrichtensprecher dargestellt, der verschiedene Wetterberichte für Demokraten und Republikaner kommentiert: „That was Brad with the Democratic weather. Now here is Tammy with the Republican weather.“. Die Moral der Karikatur lautet: Die politische Einstellung spielt eine charakteristische und zugleich *illegitime* Rolle bei der Behauptung von ‚alternativen Fakten‘ (in der Karikatur geht es um ‚alternative Fakten‘ in Bezug auf das Wetter).

Worin besteht das Problem? Könnte es sein, dass man *niemals* politisch Stellung beziehen darf, wenn man Gründe für eine Behauptung der Form „so-und-so ist ein Fakt (oder eine Tatsache)“ anführt? Die Antwort kann nicht einfach „ja“ lauten. Denn es gibt gute Beispiele für Faktenbehauptungen, bei denen der Einfluss von politischen Einstellungen durchaus legitim (und gerechtfertigt) ist. Solche Fälle werden in der Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftsgeschichte seit Max Webers und Carl Hempels Aufsätzen zu Objektivität und Wertfreiheit der Wissenschaften und Robert Mertons Arbeiten zum Ethos der Wissenschaft im Detail analysiert.

Auf was es mir hier vor allem ankommt, ist, dass sich die *legitime* Rolle von politischen Einstellungen im Kontext von Faktenbehauptungen gut an drei Beispielen veranschaulichen lässt (und es gibt viele weitere Beispiele dieser Art).

Erstens spielen politische Einstellungen eine legitime Rolle bei der Auswahl von Themen, über die wir gern Faktenbehauptungen treffen würden. Zum Beispiel hängt es von der politischen Einstellung zu Entwicklungsländern ab, welche der folgenden Fragen wir beantworten wollen: Was verursacht faktisch Malaria und mit welchen präventiven Maßnahmen und Medikamenten kann man Malaria am Besten bekämpfen? Oder sind wir eher an Fakten interessiert, die der Schönheitschirurgie dienlich sind, deren Nutzen aber für Menschen in Entwicklungsländer äußerst gering ist?

Zweitens basiert die medizinische Forschung auf politischen Einstellungen, z.B. wenn Versuche an Menschen durchgeführt werden und die

Ergebnisse dieser Versuche Belege für oder gegen bestimmte Faktenbehauptungen liefern sollen (zum Beispiel betreffend der Nebenwirkungen eines Medikaments). Zur Veranschaulichung: Aus einem politischen Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Grundgesetz folgt, dass die Rechte von Versuchspersonen unter allen Umständen gewahrt bleiben müssen und bestimmte Arten von Versuchen nicht durchgeführt werden dürfen.

Drittens spielen politische Einstellungen eine wichtige Rolle bei der Beurteilung von Risiken, die bei vielen Faktenbehauptungen berücksichtigt werden müssen. Zum Beispiel spielt die politische Einstellung zum Verbraucherschutz eine entscheidende Rolle bei der Gewichtung von Fehlerrisiken in der Medikamentenforschung.

Die entscheidende Frage lautet nun: Was unterscheidet die eben dargestellten *legitimen* Rollen von politischen Einstellungen von denen, wie ich behaupte, *illegitimer* Rolle bei Behauptungen in Bezug auf alternative Fakten?

Nähern wir uns dieser Frage mit Hilfe einer Analogie. Die Tabakindustrie finanziert Studien, deren Ziel es war und ist, zu behaupten, dass es nicht krebserregend ist, Zigaretten zu rauchen. Das grundlegende Problem mit diesen Studien besteht darin, dass die an diesen Studien beteiligten Forscher/innen aufgrund politischer Einstellungen und wirtschaftlicher Interessen der Geldgeber unliebsame, aber relevante, verfügbare empirische Belege bewusst ignoriert haben. Das Vorgehen dieser Forscher/innen ist ein eklatanter Verstoß gegen das „Ethos der Wissenschaft“, um mit Robert Merton zu sprechen. Insbesondere wird gegen die Mertonsche „Ethos“-Regel verstoßen, dass Wissenschaftler/innen unvoreingenommen forschen sollen. Das Beispiel zeigt, dass politische Einstellungen auch eine illegitime Rolle bei der Faktenbehauptung spielen können. In diesem Fall führen politische Einstellungen (und damit verbundene wirtschaftliche Interessen) dazu, dass verfügbare empirische Belege für bestimmte Faktenbehauptungen *ausgestochen und ignoriert* werden. Das empfehlenswerte Buch *Merchants of Doubt* von Naomi Oreskes und Erik Conway (erschienen 2010) liefert eine gut recherchierte Detailanalyse solcher Fälle.

Wir können vom Beispiel der kritikwürdigen Tabak-Studien etwas Wichtiges über Situationen lernen, in denen etwas über ‚alternative Fakten‘ behauptet wird. Auch bei der Behauptung von ‚alternativen Fakten‘ ist es der Fall, dass empirische Belege durch politische und wirtschaftliche Interessen ausgestochen und ignoriert werden.

Nehmen wir zunächst ein bekanntes, aber vergleichsweise harmloses Beispiel: Donald Trump behauptet, es gäbe ‚alternative Fakten‘ zu den Zuschauerzahlen bei seiner Vereidigung. Seine politische Gesinnung sticht unliebsame empirische Belege aus (wie zum Beispiel Luftaufnahmen von der Vereidigungszeremonie, die gegen seine Behauptung sprechen).

Weit weniger harmlos ist die Behauptung von rechtspopulistischen Klimaskeptikern, es gäbe ‚alternative Fakten‘ zur Klimaerwärmung (was für diese Leute z.B. bedeutet, dass es gar keine Klimaerwärmung gibt). Dies ist wieder ein Fall, in dem spezifische politische Einstellungen (Rechtspopulismus oder Rechtskonservatismus) und konkrete wirtschaftliche Interessen (Nutzung fossiler Brennstoffe) dazu führen, dass die verfügbaren, relevanten empirischen Belege *für* Klimaerwärmung, die aus den Klimawissenschaften kommen, gänzlich oder teilweise ausgestochen bzw. ignoriert werden. Genau wie beim Tabak-Beispiel gilt: Wer unliebsame Belege aufgrund von politischen Einstellungen bewusst aussticht oder ignoriert, verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft und allgemeiner gegen die Regeln jeden vernünftigen und gut informierten Nachdenkens.

Noch einmal auf den Punkt gebracht: Man sollte die Behauptung von ‚alternativen Fakten‘ kritisieren, weil politische Einstellungen relevante empirische Belege ausstechen. Als Kontrast: In keinem der drei genannten Fälle, in denen politische Wertungen eine legitime Rolle bei der Behauptung von Fakten spielen, stechen politische Einstellungen empirische Belege aus.

Empirische Belege aus politischen Gründen auszustechen und zu ignorieren ist selbstverständlich keine zuverlässige Strategie zur Lösung von realen gesellschaftlichen Problemen. Der Grund liegt auf der Hand: Diese Strategie führt zu einer Art *Wirklichkeitsverweigerung*. Eine verantwortungsbewusste Politik darf sich daher nicht auf ‚alternative Fakten‘ ein- und verlassen. Ganz im Gegenteil gilt: Die Entscheidungen von Politikern

müssen vielmehr auf empirisch möglichst gut gestützten und verlässlichen Annahmen (oder Behauptungen) fußen. Die vermeintlichen ‚alternativen Fakten‘ der Rechtspopulisten sind dafür nichts weiter als ein Hindernis.